



I N H A L T

DOKUMENTATION

Reagan nimmt Weinberger und Shultz in Schutz

- Präsident Reagans Rundfunkansprache -

Wick: Sowjetischer "Glasnost"-Kampagne mit Vorsicht begegnen

- Auszüge aus einer Ansprache vor dem Verband der amerikanischen
Werbewirtschaft -

HINTERGRUNDMATERIAL

An Erprobung und Stationierung von SDI festhalten

- Von Henry Kissinger -

Positive Einschätzung von Amerikas Rolle in der Welt - Unterstützung für NATO

- Meinungsumfrage des Chicago Council on Foreign Relations -

WISSENSCHAFT UND TECHNIK

Resistenzentwicklung bei chemischer Krebstherapie

* * * * *



REAGAN NIMMT WEINBERGER UND SHULTZ IN SCHUTZ

- Präsident Reagans Rundfunkansprache -

WASHINGTON - (AD) - In seiner landesweit übertragenen wöchentlichen Rundfunkansprache erklärte Präsident Reagan am 14. März 1987, daß sowohl Verteidigungsminister Weinberger als auch Außenminister Shultz ihm eindringlich geraten hätten, keine Waffenverkäufe an den Iran zu unternehmen. "Sie hatten recht und ich unrecht" gestand der Präsident.

Präsident Reagans Ansprache hat folgenden Wortlaut:

Meine amerikanischen Mitbürger, heute nachmittag möchte ich Sie von den wichtigen Veränderungen unterrichten, die in jüngster Zeit in unserer Administration stattgefunden haben und auch unser Programm für die kommenden Monate beeinflussen werden.

Zunächst einmal hat jede Regierung ihre eigene Arbeitsgruppe für die nationale Sicherheit, eine Gruppe von Beamten, die den Präsidenten bei der Gestaltung der Außenpolitik unserer Nation unterstützen. Mit der jüngsten Ergänzung von Senator Howard

Baker als meinem Stabschef, Frank Carlucci als Nationalem Sicherheitsberater und der Nominierung von Richter William Webster als neuem Direktor des Geheimdienstes ist meine Gruppe für die nationale Sicherheit wieder vollständig.

Außenminister Shultz und Verteidigungsminister Weinberger sind seit längerer Zeit Mitglieder dieser Arbeitsgruppe, und ich möchte hierbei betonen, daß nie zwei Männer einem Präsidenten in seinem Nationalen Sicherheitsrat besser gedient haben.

Sie haben dieser Nation in langen Jahren in verschiedenen wichtigen Regierungsämtern treu gedient. Die Nation kann ihnen genau wie ich dankbar sein für ihre Intelligenz, ihre Hingabe und Integrität. Sie haben eine feste Überzeugung und zögerten niemals, mir ihre unverblühten Ansichten über anstehende Fragen der nationalen Sicherheit mitzuteilen. Sie sind bereit, ihre Meinung zu äußern, ungeachtet der Stärke des Widerstandes in der naturgemäßen Tendenz der Bürokratie, Kompromisse einzugehen oder denselben Weg einzuschlagen. Deshalb schätze ich sie so sehr. Im Falle der Waffenverkäufe an den Iran rieten mir sowohl Außenminister Shultz als auch Verteidigungsminister Weinberger entschieden davon ab, diese Initiative weiter zu verfolgen. Ich habe ihren Rat überdacht, bin aber zu dem Schluß gekommen, daß die Initiative das Risiko wert war und habe sie fortgeführt. Wie wir jetzt wissen, hat sich herausgestellt, daß sie recht hatten und ich unrecht. Aber sie haben ihre Pflicht als meine Berater und als meine Mitarbeiter erfüllt, und ich bin sehr dankbar dafür, daß sie mir in den nächsten Monaten weiterhin mit ihren Ansichten zu unserem anstehenden Programm zur Seite stehen werden.

In den kommenden Monaten wird das Wort "Programm" Bedeutung erlangen. Ich habe hier im Weißen Haus diese wichtigen Veränderungen vorgenommen, um dafür zu sorgen, daß wir wieder das Steuer in der Hand haben und mit dem fortfahren, zu dessen Vollendung Sie mich gewählt haben. Im Inland wird unser Programm Veränderungen im Bereich des Haushalts und auch weitreichende Reformen bei der Wohlfahrt beinhalten, die den Kreis der Armut, in den so viele bedürftige Amerikaner geraten sind, durchbrechen sollen.

Zur Außenpolitik möchte ich bemerken, daß Amerika sich in der Welt großen Problemen, aber noch größeren Möglichkeiten gegenüber sieht. Wir sehen eine Chance für bedeutsame Fortschritte bei den Verhandlungen mit der Sowjetunion über einen Rüstungsabbau, wenn wir einen klaren Kurs verfolgen und hart verhandeln. Gleichzeitig müssen wir mit dem sowjetischen Abenteuerertum fertigwerden. Besonders Mittelamerika bleibt für die Vereinigten Staaten von entscheidender Bedeutung. Und hier muß unser Kongreß wesentliche Entscheidungen darüber treffen, ob unsere Nation die Demokratie und den Widerstand gegen die Diktatur in einer Region ernsthaft unterstützen will, die so nah an unsere grenzt. Mein Engagement bleibt felsenfest bestehen. Ich werde jede Bemühung bekämpfen, die eine Unterstützung für die nicaraguanischen Freiheitskämpfer beschneiden und sie dem Tod oder der Niederlage preisgeben will.

Sowohl in der Innen- wie auch in der Außenpolitik dreht sich alles um denselben Kern. Wir haben eine Aufgabe, und wir werden diese in den kommenden beiden Jahren mit Ihrer Hilfe und Unterstützung auch ausführen.

Bitte erlauben Sie mir, daß ich mich nun anderen Fragen von erheblicher Bedeutung zuwende. Zunächst einmal bedeutete die Steuerreform vom vergangenen Jahr, daß Millionen von Amerikanern in diesem Jahr Formulare (W-4) ausfüllen mußten, die sehr verwirrend waren. Ich weiß das, weil ich selbst ein solches auszufüllen hatte. Wir haben Ihre Beschwerden vermerkt und zusammen mit der Steuerbehörde IRS (Internal Revenue Service) ein neues einfacheres Formular erarbeitet, das in etwa einem Monat erhältlich sein wird. Das amerika-

nische Volk ist also gegen den Fiskus angetreten und hat gewonnen.

Dann hat unsere Administration Anfang dieser Woche Reformen bei der Bundesprüfstelle für Nahrungsmittel und pharmazeutische Präparate angekündigt, die es Opfern von AIDS und anderen lebensbedrohenden Krankheiten leichter machen, neue Arzneimittel zu erhalten, die sich noch im Versuchsstadium befinden. Dieser Schritt, durch den der Regierungsapparat noch weiter zurückgedrängt wird, könnte weniger Leid und Schmerz für Tausende von schwer erkrankten Amerikanern bedeuten. Das wäre eine Maßnahme, die im wahrsten Sinne des Wortes human zu nennen wäre.

Wenn Sie mir erlauben, möchte ich noch ein letztes Wort zu einem Thema sagen, daß meine irische Seele betrifft, zum St. Patrick-Gedenktag. Seit der Hundersnot in der Mitte des vergangenen Jahrhunderts sind Millionen der Söhne und Töchter Erins nach Amerika gekommen, um hier ein besseres Leben zu finden. Aber ob irisch oder nicht, fast alle Amerikaner verfolgen ihre Ahnenlinie bis hin zu Vorfahren aus fernen Ländern, Männern und Frauen, die mit dem festen Entschluß nach Amerika gekommen sind, zu arbeiten und die nur Freiheit forderten. Ich glaube daher, daß wir am kommenden Dienstag als Amerikaner alle berechtigt sind, zu feiern.

Bis nächste Woche und vielen Dank fürs Zuhören. Gott schütze Sie.

* * * * *



11

18. März 1987

WICK: SOWJETISCHER "GLASNOST"-KAMPAGNE MIT VORSICHT BEGEGNEN

- Auszüge aus einer Ansprache vor dem Verband der amerikanischen Werbewirtschaft -

WASHINGTON - (AD) - Der Direktor des US-Informationsamts (USIA), Charles Z. Wick, hat am 13. März 1987 in einer Rede vor dem Verband der amerikanischen Werbewirtschaft die Vereinigten Staaten und ihre Verbündeten dazu aufgerufen, der neuen Kampagne der Offenheit oder "Glasnost" seitens der Sowjetunion mit "Vorsicht und Wachsamkeit" zu begegnen. Das Ziel der neuen sowjetischen Strategie bestehe darin, "die Regierungen der Freien Welt - insbesondere diejenigen in Westeuropa, Japan und den Vereinigten Staaten - dazu zu drängen, im Sinne der sowjetischen Interessen zu handeln".

Nachfolgend bringen wir die Ansprache von Direktor Wick in ihren wesentlichen Auszügen:

Seit 1945 ist die Welt das Schlachtfeld eines "Krieges der Ideen" gewesen - eines Krieges, in dem die großen Traditionen der westlichen Demokratien, wie etwa die Philosophien von Jefferson, Madison und Lincoln sich im Kampf gegen die Ideologien von Marx, Lenin, Stalin und Mao befanden.

In jüngster Zeit ist dieser Wettbewerb jedoch immer subtiler geworden. Die Machtübernahme von Generalsekretär Gorbatschow hat einen neuen und dynamischeren Führungsstil ermu-

tigt. Die Sowjets vermarkten ein neues Image der Offenheit gegenüber der Welt. Sie nennen ihr Produkt "Glasnost". Aber "Glasnost" ist mehr als ein Produkt. Es ist eine Kampagne der Öffentlichkeitsarbeit. Die Sowjets versuchen, den Krieg der Symbole zu gewinnen. Wenn sie ihn gewinnen, dann haben sie auch den Krieg der öffentlichen Diplomatie gewonnen.

Was würden wir in diesem Fall verlieren?

Am schlimmsten wäre, daß wir un-

sere Sicherheit verlieren könnten. Wir müssen nicht eigens daran erinnert werden, daß es im Falle eines Krieges keinen Gewinner geben wird. Der Verlierer wird ebenso wie der Gewinner verlieren. Dies wird die endgültige Bestrafung einer Fehleinschätzung sein.

Längerfristig könnten wir, falls wir den "Krieg der Ideen" verlieren, die Seele der Freien Welt in Gefahr bringen, ihre heutige Existenz und ihr Versprechen für die Sicherheit von morgen.

Deshalb ist folgende Frage von einem in unserer gesamten Geschichte vielleicht niemals dagewesenen Ernst. Kündigt dieses neue Image einen Wandel in den sowjetischen Zielen an, oder hüllen sich die Sowjets lediglich in einen Deckmantel falscher Gerechtigkeit, falscher Wirtschaftspolitik, falscher Brüderlichkeit und falscher Versprechungen?

Wie Sie es vielleicht ausdrücken würden, entspricht bei "Glasnost" der Inhalt der Verpackung oder handelt es sich um eine Mogelpackung?

Dies ist heute die zentrale Frage. Und die Antwort darauf ist entscheidend für all diejenigen, die einen dauerhaften Frieden wollen.

Bis heute ist die Antwort unklar. Aber wir beobachten täglich eine positive und vielleicht vielversprechende Litanei sowjetischer Handlungen. Sie verkaufen ein Image von "Glasnost" und Fortschritt zu einer besseren Welt. Sie nehmen die Aufmerksamkeit von Menschen in der ganzen Welt gefangen, besonders dort, wo die Frontlinien des Ost-West-Konflikts verlaufen. Denken Sie einen Moment nach. Wie reagieren Sie auf das folgende:

- die Freilassung Andrei Sacharows, Juri Orlovs, Anatoli Schtschanskis und anderer politischer Gefangener;
- die Abkoppelung von SDI von den INF-Verhandlungen in Genf;
- die Enthüllungen in der sowjetischen Presse zu Katastrophen wie Tschernobyl, Schiffsunglücken, dem Untergang eines Atom-U-Bootes und selbst zu innenpolitischen Unruhen in der Sowjetunion;
- eine verstärkte Bereitschaft, auf die westliche Kultur zuzugehen, einschließlich der Bildung von Gemeinschaftsunternehmen.

Diese Marketing-Bemühungen sind auf die Völker der Welt ausgerichtet. Ihr strategisches Ziel besteht darin, eine sowjetisch-informierte Weltmeinung zu schaffen, die Regierungen der Freien Welt - insbesondere diejenigen in Westeuropa, Japan und den Vereinigten Staaten - zu drängen, im Sinne der sowjetischen Interessen zu handeln.

Um dieser Bedrohung energisch entgegenzutreten, haben wir von USIA unsere eigenen Initiativen entwickelt, um den amerikanischen Wettbewerbsvorteil in diesem weltweiten "Krieg der Ideen" zu bewahren.

Zum Glück können wir dabei von einer Position der Stärke ausgehen.

Jede gute Werbekampagne hofft auf ein gutes Produkt. Wir besitzen ein großartiges Produkt - die Wahrheit über diese große Nation, ihr Volk, ihr Leben und ihre Vision von der Zukunft.

Wer ist dabei unser Publikum und

welches unser Markt? Ich kann dies kurz beantworten: die ganze Welt - besonders aber diejenigen, denen glaubwürdige Nachrichten und Informationen vorenthalten werden und die in ihren stillen Kämpfen von besseren Tagen träumen.

Warum aber die ganze Welt?

Erstens hängt unsere Sicherheit von einer Welt ab, in der unsere grundlegendsten politischen und wirtschaftlichen Prinzipien aufrechterhalten werden - die Prinzipien der Selbstbestimmung und des freien Handels. Eine Welt, die diesen Prinzipien gegenüber feindselig eingestellt ist, ist eine Welt, in der wir nicht überleben können.

Es gibt aber etwas noch grundlegenderes - eine Verpflichtung gegenüber anderen Menschen.

Die Botschaft unseres Produkts ist umfassender als jede Gesellschaft und jede Regierung. Sie ist im Grunde die Botschaft der Freiheit selbst, und sie lebt in der Seele jedes Menschen als ein "inneres Maß" seines höchsten und ehrenwertesten Trachtens.

Darin liegt die Grundlage unserer Stärke.

Aber, mehr als das, die Freiheit - und ihre Vorzüge - dient als Grundlage für die Einstufung von Regierungen und Völkern.

In der Werbung ist ein Markenzeichen das Merkmal zur Identifizierung einer Ware, ein Symbol, daß gewisse Merkmale des Produkts anzeigt, wie etwa seine Qualität und Zusammensetzung und auch sein Prestige.

In der öffentlichen Diplomatie benutzen wir ebenfalls Identifizie-

rungsmerkmale - ein Markenzeichen, das die Lebensqualität eines Landes sowie die Qualität seiner Institutionen und seiner Regierung symbolisiert.

Stellen Sie die Markenzeichen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR, Nord- und Südkoreas, Nicaraguas und Costa Ricas, Kambodschas und Singapurs gegenüber. Jedes Länderpaar besitzt vergleichbare Kulturen, Traditionen und eine ähnliche Geschichte. Und doch sind z. B. die Bundesrepublik Deutschland und die DDR Länder verschiedener Güteklassen mit verschiedenartigen Identifizierungsmerkmalen. In jedem Fall sind die "Markenzeichen" der Freiheit - die Bundesrepublik Deutschland, Südkorea, Costa Rica und Singapur - in ihrem wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Leben dynamisch. Die anderen "Markenzeichen", die sich unter Repression und Kontrolle abmühen - die DDR, Nordkorea, Nicaragua und Kambodscha - entbehren des Wachstums, der Hoffnung und Lebenskraft, die zum Markenzeichen ihrer Nachbarn gehören.

Wenn man dies unter dem Gesichtspunkt des Marketing betrachtet, dann bedeuten diese Unterschiede an sich schon ein bedeutendes Marketing-Mittel.

Aber, genau wie Sie, benutzen wir eine Mischung von Techniken und Mitteln - einige alte, einige neue -, um unsere Produkte zu verkaufen. Die unseren sind: Worldnet, ein neues weltweites Satellitenfernsehnetz... die Stimme Amerikas... ein neuer Dienst für Kuba, Radio Marti.... Eine weltweite Nachrichtenagentur, die schon bald über Satellit direkt mit den Nachrichtenzentren der Medien der Welt verbunden werden soll... Magazine... Austauschprogramme für die Menschen... kulturelle Darbie-

tungen... 159 Bibliotheken... 200 Kulturzentren in 100 Ländern... drei Auslandspressezentren in den Vereinigten Staaten für 3 000 Auslands-korrespondenten... sowie ein Vortragsprogramm in Übersee... Ausstellungen... Botschafter aus den Bereichen Sport und Kunst... und unser eigenes engagiertes Korps von Diplomaten in 206 Posten in 127 Ländern.

Alle diese Ressourcen werden täglich angewendet und ebenso wie bei Ihnen im Geschäftsleben, erhalten wir ein wichtiges "Echo" über die Auswirkungen, die sie auf unser Publikum haben. Zuhörer und Zuschauer überall auf der Welt schreiben uns ihre Reaktionen und Vorschläge. Unsere weltweiten Dienststellen beliefern uns mit Post unserer Hörer und den Stellungnahmen der ausländischen Medien sowie von offizieller Seite. Verschiedene Regierungsbehörden vermitteln uns Auswertungen unserer Schwerpunkte und Programme. Wir geben Projekte über ausländische Standpunkte und Meinungen in Auftrag. Diese kontinuierliche und andauernde Auswertung - die sowohl eine informelle als auch eine formelle Meinungsumfrage darstellt - ist uns bei der Bewertung des Erfolges unserer Kampagnen und bei der noch effektiveren Planung für die Zukunft behilflich.

Dieses "Echo" ist die Grundlage für meine allmorgendlichen Besprechungen mit dem Außenminister und seinen wichtigsten Vertretern, bei denen ich sie über die Stellungnahmen in der ausländischen Presse und über gegenwärtige politische Tendenzen und Themenkomplexe informiere. Die ganze Nacht über treffen Fernschreiben allen Ländern der Welt in unserem Führungszentrum ein, werden zusammengefaßt und rechtzeitig vor meinem Morgentermin mit dem Außenminister zu mir nach Hause geschickt.

Als Werbefachleute sind Sie sich sicherlich bewußt, daß "Publikumsecho und Auswertung" die entscheidenden Bestandteile jeder erfolgreichen Strategie sind. Dies hat heute ganz besondere Gültigkeit. Die Einstellungen eines Volkes beeinflussen heute mehr denn je die Handlungen, Politik und in manchen Fällen sogar das Überleben eines Regimes.

Internationale Rundfunksendungen der Freien Welt haben zum Beispiel dazu beigetragen, daß das polnische Volk in Solidarnosc - Solidarität - mit einer gemeinsamen Stimme sprechen konnte. In El Salvador, Haiti und auf den Philippinen erlangten die demokratischen Kräfte aufgrund von Ideen ihren Sieg - Ideen, die in der ganzen Welt durch die modernen Telekommunikationsmittel in den Wohnzimmern unterstützt und dadurch noch mächtiger wurden.

Wir werden niemals vergessen, daß für unseren Kunden - Amerika - ein Rückschlag im "Krieg der Ideen" eine potentielle Bedrohung der nationalen Sicherheit unseres Landes darstellen würde.

Es ist daher nicht überraschend, daß die USIA-Bilanz im Verlauf der letzten drei Jahrzehnte positiv war. Von USIA durchgeführte Meinungsumfragen haben gezeigt, daß die Vereinigten Staaten und unsere demokratische Lebensweise sich weiterhin einer hohen Wertschätzung erfreuen. Die Beweise dafür sehen wir täglich.

Die Bürger der sogenannten sozialistischen Demokratien stimmen weiterhin auf die einzige ihnen mögliche Art und Weise ab - mit ihren Füßen. Wir haben noch nie davon gehört, daß jemand in die andere Richtung über die Berliner Mauer geklet-

tert ist.

Seit 1979 ist die Welle der Demokratie sogar über zehn Länder Lateinamerikas hinweggerollt.

Wie effektiv ist die USIA-Strategie jedoch im einzelnen auf dem Markt der Ideen? Lassen Sie mich einige Beispiele anführen.

In den ersten drei Jahren seit seiner Inbetriebnahme hat Worldnet insgesamt vier Milliarden Zuschauer erreicht. In diesem kurzen Zeitraum haben wir weltweit mehr Medien erfaßt als dieses Amt in den vergangenen 30 Jahren erreichen konnte.

Worldnet genießt bei führenden Journalisten und ausländischen Regierungsoberhäuptern hohes Ansehen und viele von ihnen bitten regelmäßig um Tonbandaufzeichnungen und Kopien von Worldnet-Programmen. In der Anfangszeit von Worldnet schrieb eine führende belgische Zeitschrift, die "Westliche Welt": "Langfristig könnte sich dieses Kommunikationsbindeglied zwischen Westeuropa und den Vereinigten Staaten als wichtiger für das Bündnis erweisen als die 'Ankoppelung' der Verteidigung der beiden Kontinente durch die Stationierung amerikanischer Pershing II und Marschflugkörper in Europa".

Während das Fernsehen dramatische Ereignisse in der Freien Welt verbreitet, ist der Rundfunk das einzig wirkungsvolle Mittel, um Millionen von Menschen hinter dem Eisernen Vorhang und anderen unterdrückten Gebieten zu erreichen.

Unsere treuesten Zuhörer haben wir in Osteuropa, wo die Zuhörerschaft - oder der Marktanteil - weiterhin im Ansteigen begriffen ist, vor allem in Polen. Dort hören 45

Prozent der Erwachsenen die "Stimme".

In Berlin beherrscht RIAS (Radio im amerikanischen Sektor) mehr als 50 Prozent der Marktanteile und ist damit zweifelsohne der beliebteste Radiosender in der geteilten Stadt.

Zusammenfassend möchte ich nochmals auf die eingangs von mir gestellte Frage zurückkommen: Ist dieses neue Image ein Anzeichen für einen Wandel der sowjetischen Ziele? Oder hüllen sie sich nur in den messianischen Mantel falscher Gerechtigkeit, falscher Wirtschaftspolitik, falscher Brüderlichkeit und falscher Versprechungen? Entspricht bei "Glasnost" der Inhalt der Verpackung oder ist es eine Mogelpackung?

Wir vermuten letzteres.

Warum? - wird Ihre Frage lauten. Können Sie uns diese Frage beantworten?

Ist es "Glasnost", wenn die Sowjets ständig die "Stimme Amerikas" stören und dafür auf ihrem Staatsgebiet soviel ausgeben wie das gesamte Budget der "Stimme Amerikas" weltweit?

Ist es "Glasnost", wenn die Sowjets den CIA fälschlicherweise des Jim Jones Massakers in Guyana beschuldigen oder, wenn sie die US-Armee öffentlich der Erzeugung und Verbreitung des AIDS-Virus in Afrika beschuldigen, aber insgeheim zugeben, daß dies nicht richtig ist?

Ist es "Glasnost", wenn die Sowjets Dokumente fälschen und absichtlich Natur und Zweck unserer Strategischen Verteidigungsinitiative verzerren und dabei zynisch mit den Gefühlen unschuldiger Männer und Frauen spielen, die auf eine bessere und friedlichere Welt hoffen und für sie

beten.

Ist es "Glasnost", wenn die Sowjets amerikanische Buchhandlungen in der Sowjetunion nicht erlauben, wohingegen sowjetische Buchläden hier überall zu finden sind?

Ist es "Glasnost", wenn unsere für Rußland bestimmte Musik, unsere Filme und Literatur zensiert, durchleuchtet und wegen des politischen Inhalts abgelehnt wird?

Ist es "Glasnost", wenn die Sowjets hochrangigen Amerikanern das Auftreten im sowjetischen Fernsehen verweigern - mit Ausnahme einiger weniger Amerikaner bei feierlichen Anlässen - wogegen 43 hochgestellte Sowjets in den vergangenen Jahren ungehindert 200 mal im amerikanischen Fernsehen erscheinen konnten?

Ist es "Glasnost", wenn die Freilassung einiger weniger sowjetischer politischer Gefangener weltweit Schlagzeilen macht, aber Hunderttausende noch unter unerträglichen und menschenunwürdigen Bedingungen gefangen gehalten werden?

Lenin hat einmal gesagt: "Gedanken sind sehr viel tödlicher als Gewehre". Die Sowjets haben zwar die Macht der Gedanken längst erkannt, haben aber Stil, Image, Öffentlichkeitsarbeit und Werbung erst seit kurzem Bedeutung beigemessen.

Langfristig gesehen erhebt sich folgende Frage: Wird ihr "Glasnost"-Produkt über den Zustand einer Erscheinungsform hinausgehen und zu einer wirklichen Öffnung werden und damit Ausdruck des elementaren Wunsches des Menschen nach Freiheit und Frieden? Wird "Glasnost" den Deckmantel der Täuschung ablegen und anstelle dessen wahre Gerechtigkeit,

wahre Wirtschaft, wahre Brüderlichkeit, wahre Abkehr von sowjetischer Unterdrückung und Aggression und das wahre Versprechen zukünftigen Friedens schaffen? Oder wird es "gloss-over-nost" sein, das Weitermachen wie bisher, wobei die Täuschung und das Verbreiten von Lügen über Amerika im Mittelpunkt stehen und wie jemand einmal sagte: "Wir werden Euch begraben".

Die Antwort der Sowjets auf diese Fragen wird letztlich über den Erfolg der Marketingstrategie der Sowjets auf dem Markt konkurrierender Gedanken entscheiden. Wenn ihr Produkt echt ist - wenn es ein Waffenstillstand für Offenheit und Gerechtigkeit ist, der nach innen auf das Streben des Einzelnen nach größerer Freiheit reagiert und nach außen den Wunsch aller Menschen nach Frieden und Stabilität widerspiegelt - dann wird es ein erfolgreiches Produkt für eine bessere Welt sein. Ist dies nicht der Fall, dann zeichnet sich zum wiederholten Male ein anhaltender Konflikt mit endlosen Spannungen ab.

Im Moment sind wir zwar unsicher, aber dennoch voller Hoffnung, daß die Sowjets bei der Entwicklung eines neuen Führungsstils und eines neuen Image von dessen Annahme durch die Freie Welt geleitet sind. Kurzfristig gesehen soll "Glasnost" andauern und dies ist eine positive Entwicklung. Wenn wir die Entwicklung jedoch vor dem geschichtlichen und philosophischen Hintergrund betrachten, müssen wir wachsam und vorsichtig bleiben.

Wie immer die Dinge sich auch weiterentwickeln, USIA muß und will ihre Arbeit fortführen und gute Arbeit leisten. Im Wettkampf um den "Krieg der Gedanken" dürfen wir nicht selbstgefällig werden. Es steht zu-

viel auf dem Spiel.

USIA, das auf die Bedürfnisse unseres Kunden - die Vereinigten Staaten - zugeschnittene Amt, muß erfolgreich sein. Und ich darf Ihnen allen versichern, daß wir nicht vorhaben, dieses Ansehen zu verlieren.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit und wünsche Ihnen weiterhin alles Gute.

* * * * *



AN ERPROBUNG UND STATIONIERUNG VON SDI FESTHALTEN

- Von Henry Kissinger -

- (AD) - Das US-Informationsamt (USIS) druckt diesen Artikel mit freundlicher Genehmigung des Los Angeles Times Syndicate, wo dieser ursprünglich erschien.

Copyright (c) 1987, Los Angeles Times Syndicate.

Es ist bemerkenswert, wie bereits geringfügige Veränderungen im Inland das Grundmuster der Außenpolitik von Supermächten beeinflussen. In den Vereinigten Staaten verfolgt eine konservative Administration, die vor sechs Jahren noch leidenschaftlich einen neuen Ansatz bei den Ost-West-Beziehungen propagierte, heute das traditionelle Programm der vergangenen zwei Jahrzehnte mit lediglich geringen Veränderungen. In der Sowjetunion sucht eine eindrucksvolle neue Führungspersönlichkeit die heimische Wirtschaft zu reformieren, aber im

Bereich der Außenpolitik verfolgt er die von seinem Vorgänger übernommene Grundlinie, wenn auch mit erheblich verbesserten Fähigkeiten bei der Öffentlichkeitsarbeit.

Grundeinstellungen halten sich noch hartnäckiger. Die Vereinigten Staaten wurden über alle Regierungswechsel hinweg von der nationalen Überzeugung geleitet, daß Frieden den Normalzustand darstellt und daß Spannungen durch Mißverständnisse oder böswillig hervorgerufen werden. Jeder neue sowjetische Führer wurde mit

der Erwartung begrüßt, daß jetzt ein neues und besseres Zeitalter heranzubricht; wir haben das in den vergangenen Jahren dreimal beobachten können. Die amerikanische Hoffnung, daß eine sowjetische Hinwendung zu westlichen Werten ein Ende der Spannungen bedeuten könnte, hatte zu mangelnder Übereinstimmung geführt, wodurch ein leidenschaftliches Engagement für den Frieden sich kaum in ein vollständiges Programm umwandeln ließ.

Als Leninisten engagieren sich die sowjetischen Politiker nicht für die abstrakte Idee des Friedens. Für sie ergibt sich Frieden - wie auch jeder andere Aspekt der Außenpolitik - nicht als Ergebnis persönlicher Präferenzen, sondern aus der richtigen Beurteilung eines ausgewogenen Machtverhältnisses. Sowjetische Unterhändler kümmern sich nicht - wie ihre amerikanischen Kollegen - um Kompromisse oder persönliches Wohlwollen, sondern um das schrittweise Vorantreiben von Verhandlungen, mit deren Hilfe sich die sowjetische Macht ausbauen läßt. Wenn die Sowjets zahlenmäßig unterlegen sind, fordern sie gleiche Zahlen; in den Kategorien, in denen sie uns voraus sind, fordern sie beiderseitige Reduzierungen, die ihren verhältnismäßigen Vorteil verbessern.

Jeder Gipfel zwischen Politikern aus Ost und West hat diesen unterschiedlichen Ansatz offengelegt. Das jüngste Beispiel für diese "Personalisierung" der Außenpolitik waren die beiden Treffen zwischen Präsident Reagan und dem sowjetischen Vorsitzenden Gorbatschow. Reagan als alter Gegner des Kommunismus kam nach dem ersten Treffen in Genf offensichtlich zu der Überzeugung, daß er ein besonderes persönliches Verhältnis erlangt hatte, das er bei zukünftigen Treffen nutzen konnte, um auf diplomatischer

Ebene Durchbrüche zu erzielen. Daher seine Bereitschaft, zu einem im wesentlichen unvorbereiteten Gipfel in Reykjavik zu fahren und dort über ein sowjetisches Papier zu verhandeln, das er nie zuvor gesehen hatte.

Gorbatschows Einstellung zu Genf war eine ganz andere. Er betrachtete es als eine Plattform, auf der er sich selbst der öffentlichen Meinung des Westens als versöhnlich präsentieren konnte; er muß damit gerechnet haben, daß er mit der Zusage für zwei weitere Gipfel - in Washington und Moskau - den Termindruck auf einen Präsidenten verstärken konnte, zu dessen Stärken nicht die Beherrschung von Detailfragen zählt. Aber der Preis, den er dafür bezahlt hat - Reagans in Genf erworbene beherrschende Stellung in der Öffentlichkeit - war offensichtlich zu viel für seine weniger phantasiebegabten Kollegen. Das muß seine Entscheidung herbeigeführt haben, aus Reykjavik faßbarere Ergebnisse mit nach Moskau zu bringen; praktisch gesehen, ein Dokument, daß sich in eine Verbesserung des "Kräfteverhältnisses" aus sowjetischer Sicht umarbeiten läßt.

Die Sackgasse in Reykjavik spiegelt einen grundlegenden Unterschied im Ansatz beider Gesellschaftssysteme wider - einen Unterschied, der mir während eines kürzlichen Besuchs in Moskau wiederum bewußt wurde. Reformen im Inland haben es noch nicht fertiggebracht, die enorme, von sowjetischen Gesprächspartnern errichtete Front aufzubrechen. Hinweise auf mehr Flexibilität werden sorgfältig gesteuert. Wenn ein sowjetischer Wissenschaftler ein technisches Argument vorbringt, das geringfügig von der offiziellen Linie abweicht, stellt sich in der Regel als Versuchsballon auf dem nächsten diplomatischen Schlachtfeld heraus.

Amerikaner hingegen betrachten Verhandlungen weniger als ein Mittel zur Erlangung einer Zielsetzung, sondern vielmehr als Instrument zur Problemlösung. In jeder amerikanischen Delegation - auch in den offiziellen - gibt es aufrichtige Unterhändler, die ernsthaft daran glauben, daß sie und die Sowjets nicht etwa als Gegner, sondern als Kollegen ein gemeinsames Problem behandeln. Sie versuchen sich an möglichen Kompromissen, als ob sie an einem Seminar an der Universität teilnähmen und geben so den Sowjets wenigstens einen Überblick über mögliche Veränderungen in der amerikanischen Position. Als ich noch der Regierung angehörte, gab es verschiedene Gelegenheiten, bei denen unsere Beamten eine mögliche sowjetische Meinung als das wiedergaben, was sie selbst dem sowjetischen Vertreter zugeschoben hatten.

Eine Reihe hochgeschätzter amerikanischer Prinzipien verleihen diesem Prozeß Dynamik. Die meisten Amerikaner sind davon überzeugt, daß ein Kompromiß der Mitte gefunden werden sollte, wenn zwei Parteien sich nicht einig sind. Aber bei diplomatischen Verhandlungen fördert eine solche Maxime Unnachgiebigkeit. Amerikanische Unterhändler verhandeln fast immer aus ihrer Position des Zurückweichens. Und die Sowjets bekommen zwei Möglichkeiten, dies zu ändern: wenn die Vereinigten Staaten ihre Position des Zurückweichens aufgeben und wenn sie versuchen, Sackgassen durch einen erneuten Kompromiß aufzustoßen.

Die gegenwärtigen Verhandlungen zur Strategischen Verteidigungsinitiative liefern ein gutes Beispiel für diese selbstaufgelegten Hindernisse. Zum Vor- oder zum Nachteil - das von Reagan vorgeschlagene Verteidigungssystem ist zur Stationierung

im Weltraum gedacht. Der sowjetische Vorschlag - daß jegliche Erprobung von SDI nur in Labors stattfinden sollte - zielte offenkundig darauf ab, SDI zunichte zu machen. Seit der Niederlage von Reykjavik haben die Sowjets anklingen lassen, daß "Labor" weitgehender definiert werden könnte, und sie haben die Vereinigten Staaten ermutigt, qualitative Einschränkungen bei der Erprobung vorzuschlagen. Wenn diese Beschränkungen vorgelegt werden, ist es vorauszusehen, daß die Sowjets sie dazu nutzen werden, um praktische Einschränkungen auszuarbeiten, mit deren Hilfe die Entwicklung von SDI so gut wie unmöglich wird.

Und doch ist solch ein gänzlich formaler Kompromiß genau das, was auf breiter Front sowohl in den Vereinigten Staaten als auch bei den Verbündeten propagiert wird. All dies verdeckt die Realität, daß kein Kompromiß zwischen der sowjetischen Absicht, SDI zunichte zu machen und dem Engagement der Regierung möglich ist, es aufrechtzuerhalten. Westliche Unterhändler sind vielmehr verpflichtet, an zwei Fronten zu verhandeln: mit ihren sowjetischen Gegnern und ihrer eigenen öffentlichen Meinung. Diese zweite Debatte schließt zwei unausgesprochene Annahmen ein. Befürworter von SDI glauben, daß eine Strategie, die sich auf die Massenvernichtung einer Zivilbevölkerung stützt, Demokratien am Ende zum Pazifismus führen wird. Gegner von SDI sehen sie als Hindernis für ihre geliebte Rüstungskontrolle: sie wollen die Bedrohung der Apokalypse nicht abmildern, aus Angst, damit die Versuchung für einen Nuklearkrieg zu steigern.

Seit wenigstens zwei Jahrzehnten wurden jeder neuen strategischen Waffe von leidenschaftlichen Gegnern

zwei widersprüchliche Argumente entgegengestellt: daß bestehende Waffen zur Massenvernichtung ausreichen und daß jede Superwaffe dieses Maß überschreite. Die gestrigen Gegner der MX-Raketen sind heute die Gegner von SDI.

Die Sowjets unterliegen der Versuchung, das Ende dieser Kontroversen abzuwarten, um festzustellen, ob sie ihre Ziele ohne Gegenleistungen erlangen können.

Die amerikanischen Verbündeten verstärken das Problem noch. Zahlreiche Politiker fördern den Eindruck, daß sie als Mittler zwischen einem unversöhnlichen Amerika und einer nachgebenden Sowjetunion handeln. So sehr sie aber vom amerikanischen Schutz abhängig sind und an amerikanischer Technologie teilhaben wollen, so zurückhaltend sind sie, wenn es darum geht, die Verantwortung für eine Vereitelung amerikanischer strategischer Programme zu übernehmen. Sie neigen daher dazu, sich hinter Durchführbarkeitsuntersuchungen zu verbergen, die sich unendlich verlängern lassen wie auch hinter Unterscheidungen zwischen Forschung und Stationierung, was das Problem nicht trifft.

Das Ergebnis ist Wunschdenken. Die Reagan-Administration engagiert sich für SDI, Gegner im Inland versuchen eine Verlangsamung des Prozesses, indem sie Mittel abbauen und eine Erprobung einschränken; die Verbündeten unterstützen die Erprobung, aber behindern eine Anwendung, weil sie einen Kompromiß herbeiführen wollen. Die Vereinigten Staaten haben einem Zehnjahresmoratorium über SDI zugestimmt, das auf eine zweijährige Verhandlungsphase folgen soll.

Der im Augenblick gepriesene Kom-

promiß will die Sackgasse bei den Rüstungskontrollverhandlungen öffnen, indem er die Erprobung von SDI im Weltraum gestattet, aber deren Qualität einschränkt. Wie ich in Moskau vernommen habe, sind Sensoren - Aufklärungssatelliten - für die Sowjetunion möglicherweise akzeptabel. Aber die Erprobung von Geräten zur Zerstörung von Raketen ist untersagt, ebenso wie alle Systeme, die Zerstörungsmittel mit Sensoren in Verbindung bringen.

Das würde die Sowjets in die Lage versetzen, die Aufklärungsfähigkeit ihres landgestützten Verteidigungssystems zur Raketenabwehr zu verbessern. Zusammen mit einem Stationierungsmoratorium würde damit auch SDI zunichte gemacht. Wenn die Sowjets - wie auch einige amerikanische Beamte - ihren Willen bekämen, wäre das Ergebnis eine in ihrem verheerensten Zustand eingefrorene Nuklearstrategie.

Die größte Herausforderung für die Ost-West-Verhandlungen liegt damit in den Demokratien selbst. Rüstungskontrollverhandlungen, wie sie im Augenblick durchgeführt werden, räumen den Sowjets fast ein Vetorecht für jegliche neuen Programme des Westens ein. Eine jüngste Stellungnahme der bundesdeutschen Regierung verdeutlicht diese Position: "Für die Bundesregierung ist es ein wesentliches Kriterium, ob Entscheidungen über das SDI-Programm und den ABM-Vertrag für die Genfer Verhandlungen von Vor- oder von Nachteil sind". Kein neues sowjetisches Waffenprogramm ist jemals durch westliche Bemühungen herausgefordert oder zum Stillstand gebracht worden. Aber von der Neutronenwaffe über Mittelstreckenraketen in Europa hin zu SDI hat die Sowjetunion versucht, neue westliche Technologien dadurch zu behindern - es ist ihr bereits gelungen,

diese zu verlangsamen - daß sie sie als "Hindernis" für den "Rüstungskontrollprozeß" bezeichnet hat. Es bleibt die wesentliche Frage zu stellen: Für welche nützliche Rüstungskontrollmaßnahme genau stellt SDI ein Hindernis dar? Ich fürchte, die Antwort dient der psychologischen Erleichterung über die bloße Tatsache eines Abkommens.

Dies ist ebenso der einzige Vorteil der Abschaffung von sowjetischen und amerikanischen Mittelstreckenraketen aus Europa, wie es jüngst auch von Gorbatschow in einem separaten Paket vorgebracht wurde. Die sogenannte Nulllösung baut auf keine bedeutende Art und Weise die sowjetische nukleare Bedrohung für Europa ab. Sie schafft das amerikanische Instrument für eine Vergeltung von Europa vollständig aus ab. Sie ist für die Rüstungskontrolle von geringem Nutzen; sie stellt ferner einen wichtigen Schritt bei der politischen Abkopplung Europas von den Vereinigten Staaten dar. Die nächste Herausforderung an die westlichen Demokratien wird die Frage sein, ob mit SDI fortzufahren ist.

Dieser Entscheidung kann nicht durch Durchführbarkeitsstudien ausgewichen werden; für zahlreiche Gegner von SDI sind Durchführbarkeitsstudien eine List, mit deren Hilfe das Prinzip angegriffen werden kann. Es kann aber auch nicht durch eine juristische Auslegung von Abkommen verwirklicht werden, die vor 15 Jahren geschlossen wurden, als Weltraumverteidigung noch dem Bereich der Science Fiction zuzurechnen war. Ich persönlich glaube, daß die weite Auslegung des ABM-Vertrages eher korrekt ist als die enge Interpretation. Aber ein wichtiges Programm läßt sich nicht dadurch rechtfertigen, was manche als juristische Feinassen bezeich-

nen. Es wäre besser, eine eindeutige Stellungnahme darüber zu veröffentlichen, was die Vereinigten Staaten wollen und diese dann in ein neues, mit den Sowjets auszuhandelndes Abkommen einzuarbeiten. Und wenn sie es blockieren sollten, können die Vereinigten Staaten immer noch, sollte dies notwendig werden, damit drohen, den ABM-Vertrag außer Kraft zu setzen. Wenigstens wird diese Verfahrensweise allen die Zielsetzungen der Vereinigten Staaten vor Augen führen.

Dieser Ansatz ist auch für das weitere Feld der Verhandlungen mit den Sowjets relevant. Seit allzulanger Zeit war die amerikanische Haltung zur Rüstungskontrolle das Produkt von Verhandlungen zwischen gegnerischen Lagern innerhalb der Administration und deren Ergebnis ein widersprüchliches Paket, das Punkte zur Beschwichtigung jeder Partei enthielt.

Der Präsident muß von seinen Beratern eine Verhandlungsposition fordern, die in sich geschlossen ist und eine langfristige nationale Strategie widerspiegelt. Er hat das Recht, zu erwarten, daß die amerikanischen Verbündeten dies als Teil einer gemeinsamen Strategie betrachten und nicht als Innenpolitik.

Die sich aus diesem Prozeß ergebende Haltung der Vereinigten Staaten sollte folgende Elemente umfassen:

- a) eine Stellungnahme zur gesamten Strategie,
- b) eine Verpflichtung auf die Fortführung der Erprobung und Stationierung von SDI,
- c) ein Angebot an die Sowjets, quantitative Einschränkungen bei der Stationierung und Erprobung von

SDI vorzunehmen, die auf den Bestand der Offensivwaffen gerichtet sind (allerdings keine qualitativen Beschränkungen),

- d) ein Angebot zum Abbau strategischer Waffen auf eine Weise, die die Fähigkeit für einen Überraschungsangriff auf beiden Seiten beschränkt,
- e) ein erstes Interimabkommen zur Reduzierung strategischer Streitkräfte, einschließlich der Mittelstreckenraketen, um einen festgesetzten Prozentsatz innerhalb von drei Jahren (etwa um 30 Prozent), zusammen mit einer Erweiterung der Außerkraftsetzungsklausel für den ABM-Vertrag um zwei Jahre.

Ein Programm, das diese Bestandteile umfaßt, würde zeigen, ob ein mit westlichen Sicherheitsinteressen vereinbares Abkommen zu erlangen ist. Die Demokratien können nicht garantieren, daß Gorbatschow ein ernsthaftes Programm akzeptieren wird. Aber sie sind sich selbst Ernsthaftigkeit schuldig.

* * * * *



POSITIVE EINSCHÄTZUNG VON AMERIKAS ROLLE IN DER WELT - UNTERSTÜTZUNG FÜR DIE NATO

- Meinungsumfrage des Chicago Council on Foreign Relations -

WASHINGTON - (AD) - In seinem Bericht über eine im Jahr 1986 durchgeführte Meinungsumfrage kommt der Chicago Council on Foreign Relations, eine gemeinnützige Organisation, die sich die Schaffung eines verstärkten öffentlichen Bewußtseins für die Außenpolitik der Vereinigten Staaten zum Ziel gesetzt hat, zu dem Schluß, daß die Amerikaner "eine aktivere Rolle der Vereinigten Staaten in der Welt zunehmend unterstützen". Damit stehen die Ergebnisse dieser Umfrage im Gegensatz zu ähnlichen, in den Jahren 1974, 1978 und 1982 durchgeführten Befragungen.

Nachfolgend bringen wir eine Zusammenfassung des Berichts:

Während die in den siebziger Jahren vom Chicago Council on Foreign Relations (CCFR) in Auftrag gegebenen Meinungsumfragen zum Ergebnis gekommen waren, daß sich die Amerikaner vordringlich mit Fragen wie Inflation, Arbeitslosigkeit und Energieproblemen beschäftigten und eher dazu tendierten, sich aus der internationalen Verantwortung zurückzuziehen und sich ein Gefühl militärischer Schwäche und Unsicherheit breit gemacht hatte, ist die Besorgnis über solche Probleme heute zurückgegangen. Ein wachsendes Verständnis für die

Bedeutung auswärtiger Beziehungen ist offensichtlich und steht in Zusammenhang mit dem Wunsch nach einer größeren Rolle der Vereinigten Staaten in der Welt. Sowohl die amerikanische Bevölkerung allgemein wie auch die Führungskräfte sind heute davon überzeugt, daß ein befriedigendes Gleichgewicht mit der Sowjetunion wiederhergestellt wurde und daß die Vereinigten Staaten eine bedeutendere Rolle in der Welt spielen. Aber obwohl die Amerikaner sich jetzt sicherer fühlen, läßt ihre Unterstützung für höhere Verteidigungsausgaben

nach. Die meisten Amerikaner sind aber bereit, die Verteidigungsbemühungen auf dem jetzigen Niveau aufrechtzuerhalten.

Eine Konsequenz dieser Einschätzungen und Gefühle ist die andauernde Unterstützung der Rüstungskontrolle und eine geringfügig stärkere Befürwortung von Maßnahmen, die mit der Entspannungspolitik gegenüber der Sowjetunion zusammenhängen. Im Gegensatz zu ihrer Unterstützung der Wiederherstellung des militärischen Gleichgewichts durch die Reagan-Administration befürworten die meisten Amerikaner jedoch nicht einige der aggressiveren Elemente ihrer Außenpolitik, darunter militärische Interventionen im Ausland, die aktive Förderung der Demokratie und die Anwendung der Reagan-Doktrin durch verdeckte Operationen gegen kommunistisch ausgerichtete Regime in Afghanistan, Angola und Nicaragua.

Trotz wachsender Meinungsverschiedenheiten über Handels- und Finanzfragen zwischen den Vereinigten Staaten und ihren wichtigsten Partnern in der Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD), bleibt die Haltung der Bevölkerung insgesamt gegenüber Westeuropa und Japan weiterhin sehr positiv; im Falle Japans ist sie etwas überraschend sogar noch positiver geworden. Dagegen ist seit Beginn dieses Jahrzehnts das amerikanische Interesse am Mittleren Osten zurückgegangen. Die Bereitschaft der Bevölkerung zum Einsatz von Truppen in Westeuropa oder Japan betreffenden Krisen ist größer denn je, während das Widerstreben, Truppen in anderen Regionen der Welt, wie etwa Mittelamerika, zum Einsatz zu bringen, unverändert anhält.

Die Amerikaner stellen weiterhin

ihr Eigeninteresse in den Vordergrund, und der Wunsch nach Schutz amerikanischer Arbeitsplätze oder Sicherung des Zugangs zu Energie hat weiterhin Priorität über solch altruistische Ziele wie Förderung der Demokratie, Verteidigung der Menschenrechte oder Verbesserung des Lebensstandards in anderen Ländern.

Es besteht weiterhin eine tiefe Kluft zwischen den Haltungen der Bevölkerung allgemein und der Führungskräfte und, bei vielen Fragen, zwischen den Ansichten der Bevölkerung und denen von Vertretern der Reagan-Administration. Die Haltungen von ausländischen Politikern und Regierungsvertretern stehen einander näher als der Bevölkerung allgemein. Eine interessante Entwicklung besteht jedoch in der Herausbildung starker Meinungsunterschiede zwischen den Ansichten von Regierungsvertretern und Vertretern von Gewerkschaften, Medien, Bildungswesen und Kirchen.

Dies sind einige der wichtigsten Schlußfolgerungen dieses Berichts des Chicago Council on Foreign Relations zur amerikanischen öffentlichen Meinung und der amerikanischen Außenpolitik. Die Studie baut auf folgenden Grundlagen auf:

1. Persönliche Interviews mit einer repräsentativen Auswahl von 1 585 erwachsenen Männern und Frauen in den Vereinigten Staaten, die von Ende Oktober bis Mitte November von Gallup durchgeführt wurde.

2. Persönlichen und telefonischen Interviews mit einer Auswahl von 343 führenden Persönlichkeiten aus Regierung, Wirtschaft, Gewerkschaften, Universitätswesen, Massenmedien, religiösen Institutionen, privaten außenpolitischen

Organisationen und besonderen Interessengruppen, die von Ende September bis Ende November ebenfalls durch Gallup durchgeführt wurde.

3. Aufgrund der Iran-Krise wurde Gallup Mitte Januar vom Chicago Council beauftragt, bestimmte Fragen noch einmal zu stellen. Bei diesen Fragen ergaben sich keine bedeutenden Abweichungen, mit Ausnahme eines Rückgangs in der öffentlichen Einschätzung von Ronald Reagans Außenpolitik im allgemeinen und seinem Umgang mit dem Problem des Terrorismus im besonderen.

Wirtschaftliche Sorgen und Eigeninteresse

Die relative Bedeutung von Sorgen über allgemeine wirtschaftliche Probleme, darunter Arbeitslosigkeit und Inflation, hat abgenommen. Eine Mehrheit der Amerikaner betrachtet die Außenwirtschaftspolitik weiterhin unter dem Gesichtspunkt des Eigeninteresses, jedoch hat das Verständnis für die Bedeutung und Interdependenz von amerikanischer Wirtschafts- und Außenpolitik in den vergangenen vier Jahren nachgelassen. Obwohl eine Mehrheit von Amerikanern weiterhin erkennt, daß die Außenpolitik bedeutende Auswirkungen auf den Benzinpreis, den Wert des Dollars im Ausland und die Arbeitslosigkeit hat, ist die Anteilnahme an diesen Fragen stark zurückgegangen. Trotz des weltweiten Überangebots von Öl bleibt der Zugang zu Energievorräten weiterhin wichtig. Saudi Arabien wird von der Bevölkerung allgemein weiterhin als eines der für die amerikanischen Interessen wichtigsten Länder angesehen. Unter den Führungskräften wurde weiterhin Besorgnis über das hohe De-

fizit im Bundeshaushalt, die Staatsverschuldung und übertriebene Staatsausgaben geäußert. 57 Prozent der Befragten äußerten sich besorgt über diese Probleme, was einen Anstieg von 45 Prozent gegenüber der letzten Umfrage unter Führungskräften im Jahr 1982 darstellt.

Trotz des massiven Handelsdefizits hat sich in den vergangenen vier Jahren gleichwohl die öffentliche Unterstützung für protektionistische Maßnahmen meßbar abgeschwächt, während sich der Rückhalt für Wirtschaftshilfe an andere Länder geringfügig verstärkte. Die Führungskräfte befürworteten weiterhin energisch den freien Handel - zwei Drittel der Befragten waren für die Abschaffung von Zöllen auf Importwaren und weniger als 30 Prozent glaubten an die Notwendigkeit von Zöllen. Wie in der Vergangenheit steht die öffentliche Meinung dazu in scharfem Gegensatz; 53 Prozent waren davon überzeugt, daß Zölle und Handelsbeschränkungen notwendig seien, und nur 20 Prozent befürworteten ihre Abschaffung. Im Verlauf des letzten Jahrzehnts haben sich diese beiden Meinungstrends einander jedoch angenähert. Die Führungskräfte sind etwas protektionistischer und die Bevölkerung etwas weniger protektionistisch geworden. Die Kluft hat sich in den vergangenen acht Jahren um 15 Prozent verringert.

Ein weiteres außenpolitisches Thema mit starken wirtschaftlichen Untertönen sind die Beziehungen zur Regierung von Südafrika. Insgesamt 57 Prozent der Öffentlichkeit und 79 Prozent der Führungskräfte befürworteten begrenzte oder harte Wirtschaftssanktionen gegen Südafrika.

Internationalismus

Die "nach innen gerichtete" Haltung, die in den siebziger Jahren charakteristisch für die meisten Amerikaner war, ist ebenfalls auf dem Rückzug. Die Gruppe der Führungskräfte ist innerhalb des vergangenen Jahrzehnts praktisch der Meinung treu geblieben, daß die Vereinigten Staaten eine aktive Rolle in der Welt spielen sollten. In der Bevölkerung ist die Anzahl derer, die sagten, daß die Vereinigten Staaten eine "aktivere Rolle in der Welt" spielen sollten, von 54 Prozent im Jahr 1982 auf 64 Prozent im Jahr 1986 gestiegen. Der Anteil der Bevölkerung, der ein großes Interesse an Nachrichten über fremde Länder oder die Beziehungen der Vereinigten Staaten zu anderen Ländern besitzt, ist ebenfalls stetig größer geworden. Die Nachrichten über die Beziehungen der Vereinigten Staaten zu anderen Ländern nehmen in der Bedeutungsskala heute sogar den zweiten Platz hinter den Lokalnachrichten, aber noch vor den nationalen Nachrichten ein.

Ein weiteres bemerkenswertes Ergebnis der jetzigen Studie war der erheblich größere Prozentsatz unter der Bevölkerung und den Führungskräften mit der Meinung, daß die Vereinigten Staaten heute eine "bedeutendere" Rolle in der Welt spielten als vor zehn Jahren. 41 Prozent der Bevölkerung glaubten, daß die Vereinigten Staaten heute eine wichtigere Rolle spielen, im Vergleich zu 27 Prozent im Jahr 1982. 26 Prozent der Bevölkerung und 27 Prozent der Führungskräfte glaubten, die Vereinigten Staaten seien weniger bedeutend, im Vergleich zu 44 und 52 Prozent vor vier Jahren. Im Einklang mit diesem Trend zu einer Höherbewertung der internationalen Rolle ist der geringfügig stärkere Rückhalt für Wirtschafts- und Militärhilfe an andere Länder in der Öffentlichkeit.

Regionen von entscheidender Bedeutung

Wie in früheren Untersuchungen anerkannten die Bevölkerung insgesamt wie auch die Führungskräfte, daß die Vereinigten Staaten in vielen verschiedenen Ländern vitale Interessen besitzen. Die Haltungen gegenüber verschiedenen Ländern sind immer bemerkenswert konstant geblieben, insbesondere im Hinblick auf Westeuropa, Japan und unsere Nachbarländer, wo eine hohe Einschätzung der vitalen Interessen registriert wurde. Ein hoher Prozentsatz der Führungskräfte und der Bevölkerung insgesamt sehen vitale Interessen in Westeuropa und der westlichen Hemisphäre, wo die Vereinigten Staaten starke kulturelle, politische, wirtschaftliche wie auch sicherheitspolitische Bindungen unterhalten. Im Fall von Kanada und Lateinamerika ist die geographische Nähe ebenfalls ein wichtiger Faktor. Japan bleibt Amerikas wichtigster Handels- und Sicherheitspartner in Asien sowie ein wirtschaftlicher Konkurrent auf den Industriemärkten. Vitale Interessen werden auch im Mittleren Osten angenommen, besonders in Zusammenhang mit Israel, Ägypten und Saudi Arabien.

Die Führungskräfte besitzen eine umfassendere Sichtweise vitaler nationaler Interessen, obwohl ihre Prioritäten in den meisten Fällen die gleichen sind. Trotz scharfer Meinungsverschiedenheiten zwischen den Vereinigten Staaten und Verbündeten in Europa und Japan während der vergangenen vier Jahre werden diese Bereiche zusammen mit Kanada und Mexiko weiterhin am höchsten bewertet. In all den Jahren sind die wichtigsten Länder im Hinblick auf die von der Bevölkerung und den Führungskräften

angenommenen vitalen Interessen insgesamt gleich geblieben. Im Jahr 1986 waren diese Länder für die Bevölkerung insgesamt Großbritannien, Kanada, Japan, die Bundesrepublik Deutschland, Saudi Arabien und Israel. Für die Führungskräfte waren die sechs wichtigsten Länder im Jahr 1986 die Bundesrepublik Deutschland, Japan, Mexiko, Kanada, Großbritannien und die Volksrepublik China. Länder, die seit 1982 zunehmend als wichtig betrachtet werden, sind für die Bevölkerung allgemein Indien, Italien, Südafrika, Südkorea und Syrien und für die Führungskräfte Südafrika und Südkorea.

Bei der Bitte an die Befragten aus der Bevölkerung, die verschiedenen Länder auf einer Temperaturskala der Gefühle einzustufen, wurden meist dieselben Länder genannt. Die führenden Staaten waren: Kanada, Großbritannien, die Bundesrepublik Deutschland, Japan, Mexiko und Israel. Mit einer "mittleren Temperatur" von 61 Grad hatte Japan in den letzten vier Jahren einen Zuwachs von acht Grad, ein überraschendes Ergebnis, wenn man die bedeutenden Spannungen zwischen den Vereinigten Staaten und Japan sowie die harte Kritik amerikanischer Führungskräfte aus Politik und Regierung, Wirtschaft und Gewerkschaften berücksichtigt. Die Philippinen wurden 1986 zum ersten Mal einbezogen und erreichten in der Bevölkerung den siebten Platz mit 59 Grad.

Europa

Die hohe Priorität, die den Beziehungen mit Westeuropa zugebilligt wird, schlägt sich deutlich in der andauernden starken Unterstützung seitens der amerikanischen Bevölkerung und Führungskräfte für das Mili-

tärbündnis mit diesen Staaten und Kanada nieder, der NATO. Auf gleichem Niveau wie vor vier Jahren meinen 70 Prozent der Bevölkerung und 85 Prozent der Führungskräfte, daß wir entweder ein verstärktes oder ein gleichbleibendes militärisches Engagement in der NATO unterstützen sollten. Als die Führungskräfte vor die Wahl gestellt wurden, die amerikanischen Truppen einstweilen in Europa zu belassen oder sie in den nächsten fünf Jahren abzuziehen und Europa selbst für seine atomare und konventionelle Verteidigung sorgen zu lassen, sprachen sich 82 Prozent für den Status Quo und gegen Veränderungen aus. Dies ist bemerkenswert, wenn man die anhaltende Diskussion in den Vereinigten Staaten über die Ratsamkeit unserer konventionellen militärischen Präsenz auf dem europäischen Kontinent betrachtet.

Eine Reihe weiterer an die Auswahl von Führungskräften gerichteter Fragen deutete keine bedeutende Verlagerung von Prioritäten nach Asien auf Kosten Europas an. Auf die Frage, welche Region für die Vereinigten Staaten wichtiger sei, entschieden sich 46 Prozent der Führungskräfte für Europa und 18 Prozent für Asien, während 34 Prozent meinten, beide Regionen seien gleich wichtig. Die amerikanischen Führungskräfte stimmten mit 69 zu 15 Prozent deutlich für Europa und gegen Asien bei der Frage nach der bevorzugten Region zur Vervollständigung ihrer Universitätsbildung für ihre Söhne und Töchter. Eine ähnliche Frage nach bevorzugten Fremdsprachen zeigte eine starke Tendenz zum Spanischen (34 Prozent) und Französischen (22 Prozent) gegenüber Japanisch (16 Prozent) und Chinesisch (12 Prozent). Es zeigte sich, daß innerhalb der Gruppe der Führungskräfte diejenigen im Kongreß etwas stärker als die Regierungsvertreter

die weitere Stationierung von Truppen in Europa und weiterführende Studien in Europa bevorzugten, obwohl die Auswahl von Personen hier sehr klein war.

Der Mittlere Osten

Ein weiterer Themenkomplex von vorrangiger Bedeutung in den vergangenen Jahren, der Mittlere Osten, hat für die Außenpolitik der Vereinigten Staaten etwas von der ihm beigemessenen Dringlichkeit verloren. Dies wurde offensichtlich, als die wichtigsten Probleme der Außenpolitik, mit denen sich das Land konfrontiert sieht, oder die Bedeutung der Öllieferungen und der damit verbundenen Energieprobleme behandelt wurden. Gleichzeitig hat sich im Verlauf der letzten vier Jahre die bevorzugte Einstufung Israels in der Öffentlichkeit weiter vergrößert; Israel und Saudi Arabien werden als Länder von vitalem Interesse für die Vereinigten Staaten angesehen. Wenig überraschend befand sich der Iran an unterster Stelle des Thermometers mit 23 Grad, noch unterhalb der Sowjetunion mit 32 und Syrien mit 34 Grad.

Militärische Angelegenheiten

Die deutlichste Verlagerung in der Meinung der Bevölkerung und der Führungskräfte, die sich im Verlauf der vier von dem Chicagoer Rat für Auswärtige Beziehungen durchgeführten Umfragen abzeichnete, fand bei den auf Verteidigungsausgaben bezogenen Themen statt. Zwischen 1974 und 1978 nahm die Unterstützung für wachsende Verteidigungsausgaben beträchtlich zu. Die Umfrage des Rats deutet zusammen mit anderen Meinungsumfragen darauf hin, daß in dem Zeitraum von Ende der siebziger Jahre bis Anfang

1981 eine ausgeprägte Verlagerung in der amerikanischen öffentlichen Meinung zugunsten zusätzlicher Verteidigungsausgaben beobachtet werden konnte. Im Jahr 1974 überwog die Befürwortung von Kürzungen gegenüber einer Aufstockung des Verteidigungshaushaltes im Verhältnis von drei zu eins. Bis 1978 gab es doppelt so viele Befürworter der Aufstockung als Anhänger einer Reduzierung des Verteidigungshaushaltes. Die Umfrage von 1982 zeigte eine Umkehrung dieser Tendenz mit großer Übereinstimmung - der Mehrheit der Bevölkerung - bezüglich der Aufrechterhaltung des gegenwärtigen Umfangs der Verteidigungsausgaben im Gegensatz zu einer Aufstockung oder Kürzung. Im Jahr 1986 befürworteten sowohl die Bevölkerung als auch die Führungskräfte die Beibehaltung des Status Quo und lehnten zusätzliche Verteidigungsausgaben ab. Dies ist zwar keine Ermutigung der Bemühungen der Reagan-Administration um eine Erweiterung des Pentagon-Etats, aber die Bevölkerung ist auch nicht für eine Kürzung des gegenwärtigen Umfangs der Verteidigungsausgaben.

Dieser Mangel an Unterstützung für zusätzliche Verteidigungsausgaben muß vor dem Hintergrund der Einschätzung der nationalen Stärke und der vor allem in der Bevölkerung verbreiteten Meinung gesehen werden, daß die Vereinigten Staaten der Sowjetunion jetzt in militärischer Hinsicht ebenbürtig oder überlegen sind. Frühere Meinungsumfragen ergaben ein Gefühl der Unterlegenheit gegenüber der anderen Supermacht. Eine der bedeutendsten Errungenschaften der Reagan-Administration ist dieser Prozeß der Meinungsbildung in den Vereinigten Staaten.

Mehr als in anderen Bereichen scheint die Einstellung zu Verteidi-

gungsausgaben vornehmlich von parteipolitischer Zugehörigkeit geprägt zu sein. Es besteht ein enger Zusammenhang zwischen der Zugehörigkeit zur Demokratischen Partei mit der Unterstützung einer Kürzung der Verteidigungsausgaben und der Zugehörigkeit zur Republikanischen Partei mit dem Wunsch nach einer Aufstockung des Verteidigungshaushaltes. Diese sich bereits im Jahr 1982 abzeichnende Verbindung hat sich in den vergangenen vier Jahren verstärkt. Die Ergebnisse früherer Meinungsumfragen belegen, daß die parteipolitische Zugehörigkeit in der gesamten Nachkriegszeit scheinbar eng mit der Einstellung gegenüber Verteidigungsausgaben verflochten ist. In früheren Jahren, besonders in den fünfziger und Anfang der sechziger Jahre, war das Verhältnis jedoch umgekehrt - die Demokraten tendierten mehr zugunsten von Verteidigungsausgaben und die Republikaner waren weniger dafür.

Die Beziehungen zur Sowjetunion

Ebenso wie im Jahr 1982 waren die Bevölkerung und die Führungskräfte im Jahr 1986 über die Gefahren eines Krieges und Fortschritte bei den Rüstungskontrollbemühungen mit der Sowjetunion besorgt. 1986 nannten zehn Prozent der repräsentativ befragten Personen einen Atomkrieg und damit zusammenhängende Themen auf die Frage nach zwei oder drei der gravierendsten Probleme, mit denen sich das Land heute konfrontiert sieht. Im Gegensatz dazu nannten 1978 so wenige der Befragten Krieg oder einen Atomkrieg als die größte Sorge, daß die Antwort nicht gesondert aufgeführt wurde. 17 Prozent der 1986 befragten Führungskräfte sahen in der Rüstungskontrolle oder dem Mangel an Rüstungsbegrenzungsabkommen die schwierigsten Probleme des Landes. In den

Jahren 1982 und 1978 wurden dagegen nur ein Prozent in dieser Spalte aufgeführt. 22 Prozent der befragten Bevölkerung gaben die Beziehungen mit der Sowjetunion als eines der außenpolitischen Probleme an, das für sie am besorgniserregendsten ist, im Vergleich zu 15 Prozent, die dieses Thema im Jahr 1982 erwähnten.

Rüstungskontrolle und damit verbundene gemeinsame Maßnahmen mit der Sowjetunion finden sowohl von der Bevölkerung insgesamt als auch von den Führungskräften weiterhin starke Unterstützung. Insgesamt 80 Prozent der Bevölkerung und 95 Prozent der Führungskräfte befürworteten Verhandlungen über Rüstungsbegrenzungsabkommen zwischen den beiden Supermächten. 78 Prozent der Bevölkerung und 98 Prozent der Führungskräfte sind für die Wiederaufnahme kultureller und bildungspolitischer Austauschprogramme. 57 Prozent der Bevölkerung und 82 Prozent der Führungskräfte möchten einen Zuwachs der Getreideverkäufe an die Sowjetunion und nur 37 Prozent der Bevölkerung und 24 Prozent der Führungskräfte sind für eine Einschränkung des amerikanisch-sowjetischen Handels. Starker Widerspruch gegen gemeinsame Unternehmungen zeigte sich einzig in so sicherheitsempfindlichen Bereichen wie dem Verkauf moderner Computer und der Beteiligung der Sowjets an technischen Informationen über die Verteidigung gegen Raketenangriffe und - eine Frage, die nur an die Führungskräfte gestellt wurde - Subventionierung der Getreideverkäufe an die Sowjetunion. Diese umfassende Unterstützung gemeinsamer Unternehmungen mit der Sowjetunion hielt über einen langen Zeitraum hinweg an. Die gegenwärtige Einschätzung, daß die Vereinigten Staaten stärker im Vergleich zur Sowjetunion sind, hat in gewissem Umfang die bereits beträchtliche Unterstützung der

Entspannung noch verstärkt.

Insbesondere im Hinblick auf Atomwaffen ist die Bevölkerung insgesamt sowie vor allem die Gruppe der Führungskräfte weiterhin der Ansicht, daß die Vereinigten Staaten den Bau von Atomwaffen nur dann einstellen sollten, wenn die Sowjetunion das Gleiche tut. Diese Einstellung herrscht bei 58 Prozent der Bevölkerung und 79 Prozent der Führungskräfte vor. Bei den Befürwortern der Einstellung, daß die Vereinigten Staaten den Bau von Atomwaffen einstellen sollte, selbst wenn die Sowjetunion ihrerseits nicht dazu bereit ist, war eine leichte Abnahme zu verzeichnen.

Ein beiderseitiges Einfrieren der Atomwaffen fand wie im Jahr 1982 grobe Unterstützung. 67 Prozent der Bevölkerung und 77 Prozent der Führungskräfte würden ein beiderseitiges sofortiges Einfrieren, vorbehaltlich der sowjetischen Zustimmung, befürworten. Nur 14 Prozent der Bevölkerung und acht Prozent der Führungskräfte waren der Meinung, daß ein Einfrieren nur dann erfolgen sollte, nachdem die Vereinigten Staaten ihre Atomwaffen aufgestockt haben.

Interventionismus

Bei der langfristigen Tendenz einer allmählich ansteigenden Bereitschaft der Bevölkerung, amerikanische Truppen unter bestimmten Umständen in Übersee einzusetzen, zeichnete sich weiterhin Kontinuität ab. Die Mehrheit der Bevölkerung und der Führungskräfte wären bereit, amerikanische Truppen zu entsenden, wenn sich entweder Japan oder Westeuropa einer Invasion durch die Sowjetunion ausgesetzt sähen. Zurückhaltung zeigte sich jedoch bei der Entsendung von

amerikanischen Truppen unter anderen Umständen. Die Mehrheit der Bevölkerung war gegen den Einsatz von Truppen eingestellt, falls Nordkorea in Südkorea einmarschieren würde, die Araber ihre Öllieferungen an die Vereinigten Staaten einstellen würden, Nicaragua in Honduras einmarschieren würde, um die Stützpunkte der Contras zu zerstören, die Regierung von El Salvador von den Guerillas besiegt würde oder falls arabische Streitkräfte in Israel einmarschieren würden. Die Gruppe der Führungskräfte war ebenso wie in früheren Umfragen dem Einsatz von Truppen gegenüber sehr viel positiver eingestellt. Die Mehrzahl befürwortete einen Truppeneinsatz nicht nur in den bereits genannten Fällen Westeuropa und Japan, sondern auch im Falle einer arabischen Invasion in Israel, eines nordkoreanischen Einmarschs in Südkorea oder falls die nicaraguanische Regierung der Sowjetunion den Aufbau von Raketenstützpunkten in ihrem Land gestatten würde. Die Reaktion der Bevölkerung auf die Frage der Raketenstützpunkte in Nicaragua war gleichmäßig aufgeteilt. Die Mehrheit von 45 Prozent befürworteten den Truppeneinsatz, 42 Prozent waren dagegen. Insgesamt kann man sagen, daß die Bereitschaft zum Einsatz von Truppen in Übersee eng mit der Einschätzung der vitalen Interessen verbunden ist.

Die Rolle des Kongresses und des CIA

Sowohl die Bevölkerung als auch die Führungskräfte waren im großen und ganzen für eine Unterstützung der Administration im Herbst des Jahres 1986, vor allem im Vergleich zu 1982, bezüglich der dem Kongreß bei außenpolitischen Belangen zufallenden Rolle. Bei beiden Gruppen nahm die Zahl derer, die von einer zu schwachen Rolle des Kongresses überzeugt waren,

beträchtlich ab. Innerhalb der Bevölkerung nahm die Zahl derjenigen leicht zu, die den Kongreß als zu mächtig einschätzten, wohingegen sie sich bei der Gruppe der Führungskräfte bedeutend erhöhte. Die Umfrage vom Januar 1987 zeigte einen leichten Anstieg der öffentlichen Unterstützung zugunsten einer stärkeren Rolle des Kongresses. Eine ähnliche Verlagerung zeichnete sich sowohl bei der Meinung der Bevölkerung als auch der Führungskräfte bezüglich der Frage ab, ob der CIA zu verdeckten Aktivitäten zum Sturz einer der Regierung der Vereinigten Staaten gegenüber feindlich eingestellten Regimes ermutigt werden sollte. Ein beträchtlicher Meinungsumschwung von 13 Punkten zeigte sich bei den Führungskräften in bezug auf größere Unterstützung der verdeckten Rolle des CIA und eine ebenso krasse Abnahme zeigte sich auf der Gegenseite. Innerhalb der Bevölkerung insgesamt war der Umschwung weniger gravierend.

Die Kluft zwischen der Administration, der Bevölkerung und den Führungskräften

Zwischen den Meinungen der Führungskräfte und der Bevölkerung insgesamt herrscht eine tiefe Kluft bezüglich einer Vielzahl von außenpolitischen Themenkomplexen. In einigen Bereichen befinden sich die Ansichten dieser beiden Gruppen im Widerspruch zu der Politik und dem Vorgehen der Reagan Administration. Die Führungskräfte befürworten weiterhin eine aktivere Rolle der Vereinigten Staaten in der Welt, sind generell eher interventionistisch eingestellt und für eine Unterstützung der "Reagan-Doktrin" der Hilfe für antikommunistische Guerrillas in einigen Ländern der Welt. Die Führungskräfte sind auch weiterhin internationalistischer

eingestellt, vor allem bei der Unterstützung der freien Marktwirtschaft, sowie bei Militär und Wirtschaftshilfe. Die Führungskräfte messen der Verteidigung der Sicherheit der Alliierten als Ziel der Außenpolitik hohe Priorität bei und legen geringere Betonung auf die Stärkung der Vereinten Nationen. Insgesamt sind sie über den Schutz amerikanischer Arbeitsplätze im Inland und die Förderung der amerikanischen Geschäftsinteressen im Ausland weniger besorgt. Die Führungskräfte zeigen geringe Neigung, dem Ziel der "Eindämmung des Kommunismus" beizupflichten, sondern sind mehr geneigt, die Machtübernahme durch eine kommunistische Regierung in Ländern wie Mexiko, Saudi Arabien oder Frankreich als eine "große Bedrohung" anzusehen. Ein hoher Prozentsatz von 42 Prozent der Führungskräfte unterstützt Militärhilfe an andere Länder und ist entschieden weniger besorgt über die Hilfe für Mittelamerika, die zu dem militärischen Engagement der Vereinigten Staaten dort führte. Ebenso wie die Bevölkerung insgesamt sind die Führungskräfte in überwältigender Zahl gegen Verhandlungen mit Terroristen. Im Gegensatz zur Bevölkerung befürworten sie eher einen militärischen Einsatz zur Bekämpfung terroristischer Gruppen, aber neigen weniger zu einer Ermordung terroristischer Anführer.

Im Hinblick auf die Beziehungen mit der Sowjetunion räumen sowohl die Führungskräfte als auch die Bevölkerung insgesamt gemeinsamen Unternehmungen höhere Priorität ein als die Reagan-Administration und stehen der Handhabung der Beziehungen mit der Sowjetunion durch die Administration kritisch gegenüber. Beide Gruppen nehmen ebenfalls zu dem Vorgehen der Administration im Mittleren Osten und auf Gebieten wie internationaler Handelspolitik, Menschenrechten und Ter-

rorismus eine kritische Haltung ein.

Spürbare Differenzen zeigten sich auch innerhalb des repräsentativen Querschnitts der Führungskräfte bezüglich dem Verteidigungshaushalt, der "Reagan-Doktrin", der verdeckten Rolle des CIA und einigen anderen Themen. Zwischen den Vertretern der Administration und den Vertretern anderer Führungsschichten, insbesondere der Bereiche Arbeitsfragen, Medien, Erziehungswesen und Religion, herrschten außerordentlich unterschiedliche Meinungen über eine Unterstützung der Invasion in Grenada, der Bemühungen zum Sturz der Regierung von Nicaragua, der Bombardierung Libyens und erhöhter Verteidigungsausgaben.

Ein bedeutendes Gesamtergebnis dieser Umfrage ist, daß die Unterstützung durch die Bevölkerung für eine aktivere Rolle der Vereinigten Staaten in der Welt zugenommen hat. Dies stellt einen Meinungsumschwung verglichen mit früheren Umfragen dar und spiegelt zweifelsohne die Einschätzung eines günstigen Wandels in dem sowjetisch-amerikanischen Kräfteverhältnis wieder sowie die hohe Anerkennung der von den Vereinigten Staaten zur Zeit in der Welt gespielten Rolle und der Rolle, die das Land spielen sollte. Zusammenfassend kann man sagen, daß es bezüglich spezieller politischer Themenbereiche starke Meinungsverschiedenheiten mit der Reagan-Administration gibt, aber die Bemühungen der Administration zur Wiederherstellung des militärischen Gleichgewichts - und größeres Vertrauen in die Rolle der Vereinigten Staaten als Weltmacht - in hohem Maße unterstützt werden.

+ + + + +



RESISTENZENTWICKLUNG BEI CHEMISCHER KREBSTHERAPIE

- (AD) - Nach anfänglichem Erfolg bereitet die Chemotherapie von Krebs jetzt zunehmend Schwierigkeiten. Präparate, die während der ersten Wochen und Monate ihrer Anwendung gut geeignet erschienen, Krebszellen und Geschwülste abzubauen oder zumindest an der Ausbreitung zu hindern, zeigen plötzlich keine Wirkung mehr. Der Krebs kommt zurück und ist nun viel hartnäckiger als zuvor.

Mit der Frage, was dieser "erworbenen Resistenz" zugrunde liegen könnte, befaßt sich Dr. Robert

Schimke, Professor der Biologie an der amerikanischen Stanford-Universität, seit fast zwei Jahrzehnten. Ein erstes wichtiges Ergebnis seiner Untersuchungen war 1977 die Beobachtung, daß zum Beispiel Zellen aus Mäusetumoren unter der Einwirkung von Methotrexat entscheidende Veränderungen auf Gen-Ebene erfahren. Dieses Zytostatikum, seit 1948 bekannt und in der Chemotherapie bestimmter Formen von Krebs auch recht gut bewährt, wirkt krebshemmend, weil es ein Enzym blockiert, das für die DNS-Synthese wichtig ist.

Bei diesem Enzym handelt es sich um Dihydrofolat-Reduktase (DHFR). Es wird benötigt, um am Aufbau einer identischen Kopie des Desoxyribonucleinsäuremoleküls (DNS) mitzuwirken, ehe sich die Zelle teilt. Mit dieser Kopie werden sämtliche genetischen Informationen der Mutterzelle an die Tochterzelle weitergegeben.

Die DHFR-Produktion wird durch Gene gesteuert, die in ganz bestimmter Zahl vorhanden sind. Unter Methotrexat-Behandlung beginnen jedoch manche Krebszellen sehr viel mehr solcher Gene hervorzubringen - ein Phänomen, das der Biologe als "Gen-Verstärkung" bezeichnet. Zellen mit verstärktem DHFR-Gen produzieren das Enzym in so großer Menge, daß therapeutische Dosen von Methotrexat die Folsäurereduktase nicht völlig zu unterdrücken vermögen, um so die DNS-Synthese zu blockieren. Das bedeutet, daß die Zellteilung trotz Chemotherapie weitergeht. Krebszellen vermehren sich wieder, bösartige Tumore wachsen erneut.

Zusammen mit dem Krebsspezialisten Richard Horns fand Schimke vor drei Jahren den gleichen Effekt bei menschlichen Krebszellen, und zwar an Blutzellen einer Patientin mit Leukämie: Vor der Methotrexat-Behandlung enthielten die leukämischen Zellen nur ein einziges aktives DHFR-Gen, nach Einsetzen der Resistenz gegen das Chemotherapeutikum drei Monate später dagegen eine stark erhöhte Anzahl. Auch bei Patienten mit Ovarial- und Lungenkrebs wurde dies inzwischen beobachtet. Andere Forscher seien, so Schimke, zu ähnlichen Resultaten gekommen.

Bei seinen jüngsten Untersuchungen zur Klärung der Frage, auf welchem Wege das DHFR-Gen verstärkt

wird, wies Schimke u.a. nach, daß es keineswegs nur bei Anwendung des Zytostatikums Methotrexat zu einer Gen-Verstärkung kommen könne. Sie trete auch bei Sauerstoffmangel, bei Einwirkung von ultraviolettem Licht und von sogenannten karzinogenen Stoffen bzw. Faktoren auf, die erfahrungsgemäß Krebs erzeugen können.

So verschiedenartig die genannten "Ursachen" sind, eines haben sie doch gemeinsam: Wie Methotrexat hemmen auch sie die DNS-Synthese. Nach Meinung Schimkes führt dies bei manchen Zellen zu einer Fehlsteuerung in der Weise, daß sie nun vor der Teilung zu viele Kopien einzelner Komponenten des DNS-Moleküls produzieren. Zwar gehe die Mehrzahl solcher Zellen durch die Methotrexat-Behandlung zugrunde. Jene Zellen aber, die - mit verstärktem DHFR-Gen - überleben, seien von nun an gegen das Zytostatikum resistent. "Wir studieren einen der fundamentalen Zellprozesse - die Reduplikation des DNS-Moleküls", sagt Prof. Schimke. Die Wissenschaftler müßten zunächst einmal im Detail verstehen, wie die normale DNS-Reduplikation funktioniert, ehe sie die Gen-Verstärkung und damit auch die Resistenzentwicklung von Krebszellen gegen Chemotherapeutika verstehen und erklären könnten.

* * * * *